

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Küstenschutz

Nr. 143/2016 vom 11. März 2016

Klaus Jensen zu Top 38: Die nächste Flut wartet nicht auf die Landesregierung

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Zunächst möchte ich dem Minister und seinem Haus für den vorliegenden Bericht danken. Er gibt zumindest den aktuellen Zwischenstand wieder. Ich komme nachher noch darauf zurück.

Das letzte große Sommerhochwasser von 2013 erreichte den zweithöchsten, je gemessenen Wasserstand an der Elbe. Das ist jetzt fast drei Jahre her und es ist schon bemerkenswert, dass das Thema von dieser Landesregierung immer noch nicht für die Betroffenen zufriedenstellend abgearbeitet wurde.

Fast habe ich den Eindruck, dass man nicht die gleiche Sprache spricht. In der Kleinen Anfrage (Drucksache 18/3712) meines Fraktionsvorsitzenden und des örtlich zuständigen Abgeordneten fragen diese nach einer Zwischenlösung, wie sie von der Stadt Lauenburg gefordert wurde. Die Antwort: Eine geforderte Zwischenlösung ist der Landesregierung nicht bekannt.

Noch immer warten viele Betroffene auf ihr Geld. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Stimmen die Angaben aus der Kleinen Anfrage (Drucksache 18/3675) noch, so sind von 63 privaten Anträgen aktuell 15 noch immer nicht beschieden.

Die Stadt Lauenburg hat 33 Anträge zur öffentlichen Infrastruktur gestellt. Und auch hier sind – Stand Januar – 18 Anträge nicht beschieden, im Bericht steht jetzt die Zahl 11.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage nach den geforderten drei Kostenvoranschlägen pro Gewerk.

In den Medien hieß es: “Das können wegen der vielen unterschiedlichen Fachbereiche durchaus 40 Angebote für ein einziges Gebäude sein.“ Hinzu kämen die denkmalrechtliche Genehmigung sowie die Selbstverpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns.

Das nenne ich „bürokratischen Wasserkopf“ oder vornehmer ausgedrückt: „überbordene Bürokratie“. Hier wird man im Hinblick auf ausstehende Fristen schnell zu einer Verschlinkung kommen müssen. Ich frage mich nur, warum kommt die Hausspitze da nicht selber drauf? Ihr ist offenbar nicht einmal die lange Bearbeitungsdauer von über einem Jahr bewusst. Das könnte für die Antragsteller ein böses Erwachen geben, wenn die Kostenvoranschläge nach so langer Zeit überholt sind und unter Umständen ihre Gültigkeit verlieren.

Das eigentlich Bedrückende ist aber, dass es offensichtlich am Geld nicht gelegen hat. Der Bericht bestätigt nochmal: 6,68 Mrd. € Bundes- und EU-Mittel standen insgesamt zur Verfügung. Davon entfielen auf Schleswig-Holstein bisher knapp 21,4 Mio. €. Ein Bedarf von weiteren 18,6 Mio. € ist angemeldet – insgesamt also 40 Mio. €.

Am vergangenen Mittwoch Abend war der letzte oder besser aktuellste Termin zur Information der Öffentlichkeit in Lauenburg. Herausgekommen ist: Es liegen neue Gutachtenergebnisse für die Lauenburger Altstadt vor – lediglich eine Grundlage für weitere Planungen. Genannt wird als frühester Termin der Fertigstellung des Hochwasserschutzes 2019! Man kann nur hoffen, dass endlich konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, bevor das nächste Hochwasser da ist. Ich will mich hier gar nicht in die Diskussion vor Ort einmischen, wichtig ist ein im Ergebnis wirksamer Hochwasserschutz für die Anlieger.

Und es fehlt eine Aussage zu den noch offenen Anträgen, wie man dort schnell für die Betroffenen zu befriedigenden Lösungen kommen will. Das Thema Hochwasserschutz in Lauenburg ist also noch lange nicht in „trockenen Tüchern“, Herr Minister, drücken Sie endlich auf die Tube.